

„Zukunft gestalten - Zusammenhalt fördern“

Oberbürgermeister Markus Lewe

Haushaltsrede 2025

Mittwoch, 09. Oktober 2024

Es gilt das gesprochene Wort!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Im Dezember 2023 hat die Gesellschaft für die Deutsche Sprache „Krisenmodus“ zum Wort des Jahres 2023 gekürt. In ihrer Begründung hält die Jury fest: „Der Ausnahmezustand ist zum Dauerzustand geworden.“ Eine düstere Aussage, die aber mit Blick auf die Weltlage in den letzten Jahren, auf Klimawandel, Corona-Pandemie, auf Russlands brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den barbarischen Überfall der islamistischen Hamas auf Israel und seine Folgen, kaum von der Hand zu weisen ist.

Ich nehme in diesem Zusammenhang ganz deutlich den dringenden Wunsch vieler Menschen nach mehr Leichtigkeit, nach der alten Unbeschwertheit wahr. Und angesichts der zahlreichen Krisen- und Konfliktherde auf der Welt mischt sich dieser Wunsch unbedingt auch mit einer großen Sehnsucht nach einer friedvolleren Welt.

„Sehnsucht nach Frieden“ war deshalb auch das Motto, unter dem wir im vergangenen Jahr das Jubiläum 375 Jahre Westfälischer Frieden gefeiert haben. Nicht laut, nicht bunt, sondern würdig, nachdenklich und gemeinsam mit der gesamten Stadtgesellschaft.

Angesichts der verheerenden Krisen und Kriege in der Welt war es wichtig, dieses Zeichen zu setzen. Und wir alle haben gespürt, dass sie da ist, diese große „Sehnsucht nach Frieden“.

Frieden, Souveränität und Menschenwürde – das ist derzeit tatsächlich mehr Sehnsucht, denn Realität. Diese Welt, aber auch unsere Gesellschaft, scheint immer unfriedlicher und unversöhnlicher zu werden.

Und doch machen wir die Erfahrung, dass Solidarität in einer unfriedlichen Welt keine Einbahnstraße ist, sondern verbindet, stärkt und Hoffnung gibt. Es ist an uns, für unsere Werte einzustehen: Für Toleranz, Völkerverständigung, Vielfalt, Nächstenliebe und Dialog, gegen Faschismus, Terror und Antisemitismus.

Dass die Münsteranerinnen und Münsteraner das beherzigen, zeigt nicht zuletzt das Ergebnis der Europawahl in diesem Jahr, bei der extremistische Parteien in Münster erneut sehr schlecht abgeschnitten haben. Das entspricht unserer historischen Verantwortung und unserer Aufgabe, die Lehren des Westfälischen Friedens in die Moderne weiterzutragen. Und das entspricht der Wertegemeinschaft, die unsere Stadt und ihre Bürgerschaft über Jahrhunderte geprägt hat und die bürgerschaftlichen Stolz mit einer Kultur des Respekts und der Demokratie verbindet.

Was passiert, wenn Extremisten in Parlamenten Wort und Tat ergreifen, das wurde uns im Thüringischen Landtag gerade in erschreckender Art und Weise vor Augen geführt: Sie lassen ihre Schafsmäntel und Masken fallen und versuchen, die Demokratie verächtlich zu machen, sie auszuhöhlen und sie von innen zu zerstören.

Das dürfen wir nicht zulassen!

Was es mehr denn je braucht, ist – bei allen legitimen politischen Unterschieden – den Schulterschluss und die Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien, um diesen populistischen Brandstiftern Einhalt zu gebieten! Das ist unsere vordringlichste gemeinsame Aufgabe, wenn wir unsere Demokratie erfolgreich verteidigen wollen.

Dazu gehört auch, dass wir es nicht zulassen, auch nicht im Angesicht schrecklicher terroristischer Attacken wie die eines radikalen Islamisten auf das Solinger Stadtfest, dass der Hass über Begegnung und Miteinander, über Dialog und Austausch siegt.

In unserer Stadt und in allen anderen Städten müssen Feste, Begegnungen und ein buntes Miteinander weiter möglich bleiben. Öffentliche Plätze sind das Herz unserer Stadt. Unsere Stadt soll trotz aller Sicherheitsmaßnahmen keine Festung werden, sondern ein Ort bleiben, der allen gehört und der für alle zugänglich ist.

Wir wollen und wir werden uns weder Münster Mittendrin, noch Schauraum, weder Send, Karneval oder die Weihnachtsmärkte nehmen lassen!

Wir wissen: es kann keinen 100 prozentigen Schutz vor Terroranschlägen geben. Aber es ist die Aufgabe des Staates, durch entschiedenes Handeln zu beweisen, dass die Bevölkerung darauf vertrauen kann, dass der Staat sie bestmöglich beschützt. Leider ist hier bereits viel Vertrauen verloren gegangen.

Und insbesondere beim Thema Migration ist auch ein erschreckendes Maß an Kontrolle verloren gegangen. Wir brauchen hier – und die Bürgerinnen und Bürger erwarten das zu Recht – endlich eine klare und gemeinsame Linie möglichst aller demokratischen Parteien in Regierung und Opposition – und das möglichst schnell. Kein Hick-Hack, keine Verklärung der schwierigen Situation, keine unrealistischen Forderungen. Das Machbare muss gemacht werden.

Viel zu viel ist bereits angekündigt worden, viel zu wenig ist umgesetzt worden. Ein „weiter so“ darf es nicht geben. Es darf nicht noch mehr Vertrauen verloren gehen, das von Populisten und Demagogen zum Anheizen ihrer „braunen Suppe“ benutzt wird.

Meine Damen und Herren,
als Staat, als Gesellschaft und als Individuen stehen wir vor zahlreichen Herausforderungen, die uns dauerhaft begleiten werden. Die Umstellung auf erneuerbare Energien, Klimaschutz und Klimaanpassung sind Daueraufgaben. Die Sanierung der Infrastruktur, die Bekämpfung von Wohnungs- und Fachkräftemangel: alles langfristige Aufgaben. Und ich sage es ausdrücklich: auch die Aufgabe, geflüchteten Menschen Schutz zu bieten und unseren humanitären Werten gerecht zu werden, ist und bleibt unsere dauerhafte menschliche Verpflichtung. Daher wird uns auch die Integration von Geflüchteten dauerhaft begleiten.

Angesichts dieser Ausgangslage müssen wir meines Erachtens mit den Köpfen raus aus dem Krisenmodus. Anstatt sich durch eine andauernde Krisenlage in eine resignative und passive Haltung drängen zu lassen, gilt es, sich vielmehr durch die Entwicklung tragfähiger und inhaltlicher Strukturen den Herausforderungen zu stellen; Strukturen, die nicht jedes Jahr neu verhandelt werden müssen, sondern die langfristig angelegt sind.

Dazu gehört insbesondere, dass Bund und Land aufhören, die finanzielle Schieflage der Kommunen ständig zu befördern. Sie müssen endlich aufhören, den Kommunen immer neue Aufgaben aufzubürden, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen. Es muss Schluss damit sein, dass Bund und Land sich bei der Finanzierung neuer Aufgaben nur in Gänse-Füßchen-Manier auf die Kommunen zubewegen, während sie gleichzeitig Sieben-Meilen-Stiefel anziehen, wenn es darum geht, neue durch die Kommunen umzusetzende Rechtsansprüche und Aufgaben zu beschließen. Die Kommunen sind nicht die Ausfallbürgen des Bundes- oder der Landeshaushalte!

Natürlich sind es auch die in den vergangenen Jahren immer mal wieder diskutierten sogenannten „Münster-Standards“, die wir uns in vielen Bereichen städtischen Handelns leisten und die unseren Haushalt und unsere finanzielle Lage beeinflussen. Es sind aber insbesondere von uns kaum bis gar nicht beeinflussbare Kostensteigerungen, es ist insbesondere das zuvor beschriebene Gebaren von Bund und Land, das es zunehmend schwieriger macht, einen strukturell ausgeglichenen kommunalen Haushalt vorzulegen. Zum Ende des vergangenen Jahres gelang das in NRW nur noch rd. 17 % aller Kommunen des Landes.

Auch in Münster stehen wir vor der schwierigen Aufgabe, die Balance zwischen notwendiger Zukunftsgestaltung durch Investitionen und der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben zu wahren. Die Notwendigkeit der Entlastung des Haushalts und der feste Wille, die Haushaltssicherung abzuwenden, spiegeln sich in diesem Jahr in zahlreichen Sofortmaßnahmen wider, die wir dem Rat der Stadt Münster vorschlagen.

Ohne Zweifel sind das bittere Pillen, um die wir in der Verwaltung und im Verwaltungsvorstand hart gerungen haben. Wir wissen, dass die Maßnahmen auch für die Bürgerinnen und Bürger den Abschied von lieb gewonnenen Privilegien bedeuten würden. Am Ende entscheidet natürlich Sie, meine Damen und Herren, entscheidet die Politik, welche Vorschläge umgesetzt werden. Aber die Anstrengungen werden belohnt, weil sie sicherstellen, dass der Rat weiterhin das machen kann, wofür er gewählt wurde: den Rahmen für den Alltag der Menschen in Münster bestmöglich und selbstbestimmt zu gestalten.

Denn genau das wollen wir alle, die wir in Verantwortung gegenüber der Bürgerschaft stehen: wir wollen dieser Verantwortung zum Wohle einer guten Zukunft für unsere Stadt und den hier lebenden Menschen bestmöglich gerecht werden. Wir wollen vor Ort gestalten und nicht nur einen finanziellen Mangel verwalten.

Im Zusammenhang mit den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Entlastung des städtischen Haushalts von einem „Kahlschlag bei den Sozialausgaben“ zu reden, ist eine Mär.

Richtig ist vielmehr, dass wir im Produktbereich 04 „**Soziale Leistungen**“ eine **Steigerung von 107,5 Millionen Euro im Jahr 2019 auf 123,2 Millionen Euro (Ansatz 2025)** haben und der Zuschussbedarf in Euro je Einwohnende/r von 344 Euro auf 381 Euro gestiegen ist.

Fakt ist, dass im Produktbereich 05 „**Kinder-, Jugend- und Familienhilfe**“ der städtische Zuschussbedarf – also unser Berücksichtigung sämtlicher Landes- und Bundeszuschüsse! – sogar noch deutlich stärker gestiegen ist: **von 126,4 Millionen Euro im Jahr 2019 auf 187,9 Millionen Euro (das ist der Ansatz für 2025).**

In diesen wenigen Jahren ist das eine **Steigerung von annähernd 50 %! In absoluten Zahlen: 61,5 Millionen Euro!**

Das bedeutet eine Steigerung des Zuschussbedarfs je Einwohnende/r von 405 Euro im Jahr 2019 auf 581 Euro im Jahr 2025! Dem stehen Stabilisierungsbeiträge des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien von maximal 7,4 Millionen Euro gegenüber.

Heißt: Trotz Beteiligung der Eltern über höhere Beiträge sind wir aktuell weit davon entfernt, eine Deckung der Mehraufgaben weder der letzten Jahre noch allein des Zuwachses in einem Jahr zu bekommen.

Weiterhin allerhöchste Priorität für Schulen und Kitas

Dennoch gilt: Wenn es um die Zukunft unserer Stadt geht, genießen insbesondere der Neubau und die Erweiterung von Schulen und Kitas weiterhin allerhöchste Priorität.

Die Erweiterung

- der Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule in Angelmodde und
 - des Wilhelm-Hittorf-Gymnasiums,
 - der Margaretenschule in Mauritz mit gleichzeitiger Sanierung des Bestandsgebäudes,
 - der Ausbau der Grundschule Wolbeck-Nord,
 - die Erweiterung der Mosaik-Schule in Gievenbeck mit anschließendem Umbau des Bestandsgebäudes,
 - der im kommenden Jahr beginnende des Neubau der Melanchtonschule,
 - der Bau der neuen dreizügigen Grundschule in Albachten,
 - die neue Grundschule im York-Quartier,
 - die Erweiterung der Norbertschule in Coerde,
 - die neue Grundschule in Sprakel
-
- der Bau der neuen Kita im York-Quartier,
 - die neue Sechs-Gruppen-Kita an der Grevenener Straße,
 - die neue Neun-Gruppen-Kita an der Sonnenstraße,
 - die neue Kita im Oxford-Quartier,
 - die neue Acht-Gruppen-Kita Langebusch in Kinderhaus

stehen beispielhaft für unseren festen städtischen Willen, auch weiterhin in die Zukunft unserer Stadtgesellschaft zu investieren.

Mehr als bedauerlich ist es, dass das Land seiner Verantwortung einer auskömmlichen Finanzierung der Kindertagesbetreuung nur unzureichend gerecht wird. Der letzte Tarifabschluss für Bedienstete im öffentlichen Dienst, an dem sich auch die freien Träger der Kitas orientieren, hat zu erheblichen Mehrkosten geführt. Die Finanzierungssystematik im Kinderbildungsgesetz reicht hier schlicht nicht aus und hat die Kitas in eine erhebliche finanzielle Schieflage gebracht. Die vom Land zwischenzeitlich ergriffenen Maßnahmen reichen definitiv nicht aus, diese Schieflage zu beheben.

Als Kommune sind wir bereits für die Gewährleistung des Rechtsanspruchs zur Kindertagesbetreuung vom Gesetzgeber in die Pflicht genommen worden, mit dem vom Rat am 24.04.24 beschlossenen unabdingbaren freiwilligen städtischen Zuschuss sind wir zudem auch in die Ausfallfinanzierung des Landes getreten.

Anhaltende Herausforderungen in der Kindertagesbetreuung

Wie bereits geschildert, haben wir auch in diesem Jahr wieder den Ausbau von Plätzen in Kindertageseinrichtungen vorangetrieben und so die Versorgungsquote gesteigert, sodass wir sowohl im bundes- als auch im landesweiten Vergleich im vorderen Bereich stehen.

Fakt ist aber auch, dass die größte Herausforderung in der Kindertagesbetreuung der bundesweit bestehende und auch in unserer Stadt spürbare Fachkräftemangel ist. Er führt dazu, dass dem Mehr an vorhandenen Plätzen eine steigende Zahl nicht besetzbarer Plätze gegenübersteht. Insbesondere in der Gruppe der über 3-jährigen ist die Zahl der nicht zu besetzenden Plätze gestiegen. Deshalb haben wir in den besonders betroffenen Stadtteilen für unversorgte Vorschulkinder alternative Bildungsangebote installiert.

Neben den in Münster bereits ergriffenen Ansätzen zur Abfederung des Fachkräftemangels treiben wir auch unsere Bemühungen zum Ausbau der Ausbildungskapazitäten voran. Das Anne-Frank-Berufskolleg hat erstmalig zwei Klassen für die praxisintegrierte Ausbildung zur Kinderpflegerin / zum Kinderpfleger angeboten, die in Kitas als Ergänzungskräfte eingesetzt werden.

Der fortwährende Teufelskreis von fehlenden Fachkräften und der Überlastung der vorhandenen Kräfte, was wiederum zu Personalfluktuations führt, ist nur durch ein konsequentes und langfristiges Gegensteuern auf mehreren Ebenen zu durchbrechen. Kurzfristige Erfolge sind hier trotz aller Bemühungen leider nicht zu erwarten. Vielmehr stehen alle Kommunen, aber auch wir alle als Gesellschaft hier vor großen und anhaltenden Herausforderungen.

Wohnungsbau – Platz 1 in NRW

Unsere intensiven Anstrengungen beim Ausbau der Schul- und Kitaversorgung stehen natürlich im direkten Zusammenhang mit dem Wachstum unserer Stadt. Dieses Wachstum geht mit einem anhaltend hohen Bedarf nach Wohnraum einher.

Während sich bundesweit der Wohnungsbau auf kontinuierlicher Talfahrt befindet und nach neuesten Prognosen bis zum Jahr 2026 auf unter 200.000 neu gebaute Wohnungen sinken wird, ist der Vorschlag von Bundesbauministerin Geywitz, dass die Menschen aufs Land ziehen sollen, um der Wohnungsnot in den Städten zu entgehen, eine fragwürdige Ablenkung von den Problemen beim Wohnungsbau, die sie offensichtlich nicht in den Griff bekommt.

Digitalisierung, Ärzteversorgung, Infrastruktur, ÖPNV? Alles bestens auf dem Land? Statt solcher Vorschläge sollte der Bund endlich seine Hausaufgaben machen und bessere fiskalische und insbesondere vereinfachte rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, damit aus der Wohnungskrise keine Stadtentwicklungskrise wird.

In Münster stemmen wir uns der Wohnungskrise kraftvoll entgegen. Die ohnehin schon sehr guten Zahlen der vergangenen Jahre haben wir nochmal getoppt. 2.221 fertiggestellte Wohnungen in 2023 bedeuten den höchsten Wert der vergangenen Jahrzehnte und belegen die erfolgreichen Bemühungen, sowohl durch Neubauprojekte als auch durch die intelligente Umnutzung bestehender Strukturen auf den stetig wachsenden Wohnungsbedarf in unserer Stadt zu reagieren.

Mit einer Fertigstellungsquote von 54,1 Wohnungen je 10.000 Einwohnern belegen wir im Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen überlegen den Spitzenplatz. Das sind mehr als doppelt so viele fertiggestellte Neubau- und Umbau-Wohnungen wie im NRW-Landesdurchschnitt. Nur der Kreis Heinsberg (53,2) kann Münster annähernd folgen (zum Vergleich: die niedrigsten Quoten haben Gelsenkirchen mit 2,1 und Hagen mit 4,5).

Auch die 1.836 im Bau befindlichen Wohnungen und die im Jahr 2023 genehmigten 1.458 Wohnungen bestätigen das nach wie vor hohe Niveau der Bautätigkeit in Münster. Allerdings liegen diese Zahlen unter denen der Vorjahre. Das verdeutlicht, dass die aufgrund der Zinsentwicklung und der hohen Baukosten schwierigen Zeiten für den Wohnungsbau auch in Münster Auswirkungen zeigen.

Um trotz dieser Rahmenbedingungen den Wohnungsbau in Münster auf hohem Niveau halten zu können, wollen wir mit dem neuen Baulandprogramm bis zum Jahr 2032 den Bau von bis zu 13.000 Wohneinheiten ermöglichen. Neue Baugebiete, aber auch die schnellere Realisierung einzelner bereits geplanter Baugebiete sollen zusätzlichen Schub bringen und es ermöglichen, dass wir möglichst allen Menschen, die in unserer Stadt leben möchten, auch ein entsprechendes Angebot machen können. Sie sollen zudem auch mit dazu beitragen, dass die Mietensteigerung gebremst wird.

Problemimmobilie in Coerde

Das absolute Gegenteil von „Verantwortung gerecht werden“ mussten wir in den letzten Wochen in Coerde erleben.

In absolut verantwortungsloser und schockierender Art und Weise hat die Eigentümerin eines Hochhauses in Coerde dieses Haus abgewirtschaftet und so für die Mieterinnen und Mieter eine unerträgliche Wohnsituation herbeigeführt.

Keine Wasserversorgung, ergo kein Frischwasser und keine funktionierenden sanitären Anlagen, dafür ein unter Wasser stehender Keller, eine immense Vermüllung und ein nicht zunehmender Schädlingsbefall.

Nach Meldung der eklatanten Mängel hat die Stadt umgehend eingegriffen und Maßnahmen zur Verbesserung der unhaltbaren Situation ergriffen.

Fakt ist erstens, dass zahlreiche weitere Schritte erforderlich sind, die in eine umfassende Sanierung der Immobilie münden müssen.

Fakt ist zweitens, dass wir uns hier auf einem rechtlich komplexen Terrain bewegen.

Fakt ist drittens aber auch, dass wir es nicht dulden werden, dass die vorhandene Situation zu einer Art Dauerzustand wird.

Vorsichtig optimistisch stimmt, dass der inzwischen gerichtlich eingesetzte Zwangsverwalter für den Wohnungsbestand des insolventen Immobilienunternehmens DII Zugriff auf die Mieteinnahmen hat und diese für Reparaturen einsetzen kann.

Dass wir als Stadt selbst nicht das Recht haben, trotz der gravierenden Mängel in den Wohnungen Mietminderungen durchzusetzen, für die wir die Miete zahlen, ist mehr als ärgerlich. Uns bleibt leider nur die Möglichkeit, die Betroffenen dahingehend zu beraten, dass sie ihr Recht auf Mietminderung in Anspruch nehmen.

Mein großer Dank gilt im Übrigen dem Technischen Hilfswerk und den zahlreichen städtischen Ämtern und Akteuren, die sich als Mitglieder einer kurzfristig gebildeten Task Force unter Leitung von Stadtrat Arno Minas tagtäglich – auch am Wochenende – effektiv und erfolgreich für eine Verbesserung der Situation und für die Bewohnerinnen und Bewohner eingesetzt haben und nach wie vor einsetzen.

Coerde – ein lebenswerter Stadtteil im Umbruch

Lassen sie mich an dieser Stelle noch kurz in Coerde verweilen.

Als lebenswerter und bunter Stadtteil zwischen Aa-Wiesen, Kanal und Rieselfeldern hat Coerde einiges zu bieten. Coerde ist allerdings auch ein Stadtteil, in dem viele Kinder und Jugendliche in armutsbetroffenen Familien aufwachsen.

Um Coerde zu stärken und künftige Potenziale und Herausforderungen des Stadtteils zu erörtern, habe ich Anfang des Jahres veranlasst, dass Coerdes Zukunft in den Fokus genommen wird und Bürgerinnen und Bürger sowie Akteurinnen und Akteure aus Coerde zu einem Quartiersgespräch im April eingeladen.

Mir war es wichtig, mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen, mich mit ihnen auszutauschen und den Blick auf Coerde zu schärfen. Denn nur über einen konstruktiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern wird es uns gelingen, die Bedarfe und Probleme im Stadtteil nachhaltig anzugehen und Coerde für die Zukunft gut aufzustellen.

Bereits heute ist klar: neben einem neuen Stadtteilzentrum und einem neuen Stadtteilhaus werden wir die soziale Infrastruktur mit zusätzlichen Beratungs-, Bildungs- und Begegnungsangeboten für die Menschen im Stadtteil ausweiten. Das sind wichtige Schritte für die Entwicklung des Stadtteils. Dazu arbeitet der Arbeitskreis Coerde Zukunft seit Anfang des Jahres mit rund 20 Teilnehmenden aus der Stadtverwaltung zusammen.

Coerde ist ein lebenswerter Stadtteil im Umbruch. Die Weiterentwicklung von Coerde wird ein langer Prozess werden, aber der Anfang ist gelungen und erste Maßnahmen wie die Verlängerung des Projektes „Coerde in Bewegung“ wurden bereits ergriffen. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort werden wir, da bin ich mir ganz sicher, diesen Prozess für Coerdes Zukunft erfolgreich gestalten.

Münster auf dem Weg zur Klimastadt

Von der Eröffnung des Hauses der Nachhaltigkeit, mit dem wir das bürgerschaftliche Engagement zur Erreichung der Klimaneutralität fördern und allen Bürgerinnen und Bürgern ein vielseitiges Angebot unterbreiten, um Münster nachhaltig zu gestalten, über die Tatsache, dass Münster einer bundesweiten Untersuchung zufolge Spitzenreiter beim Ausbau von privaten Photovoltaik Anlagen ist, bis zur Beteiligung der Stadtgesellschaft und der Wirtschaft am Klimastadt-Vertrag: Münster geht mit großem Engagement auf dem Weg zur Klimaneutralität voran.

Mit der Einreichung des Klimastadtvertrages bei der Europäischen Union haben wir im März 2024 einen weiteren Meilenstein im Klimaschutz erreicht. Die von Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtkonzern von Initiativen und Vereinen sowie einzelnen Bürgerinnen und Bürgern eingereichten Beiträge des Klimastadtvertrages sind ein klares Zeichen dafür, mit welchem Engagement und welcher Ernsthaftigkeit alle Beteiligten unserer Stadt den Weg zu einem klimaneutralen, zukunftssicheren und lebenswerten Münster gestalten möchten.

Für unseren Weg zur Klimaneutralität wurden wir soeben von der EU-Kommission ausgezeichnet. Sie hat uns für die erste Fassung des Klimastadt-Vertrags das sogenannte "Mission Label" verliehen. Das Mission-Label ist eine Auszeichnung für uns alle in dieser Stadt. Mit unserer Strategie und unseren Leitprojekten kann Münster zur Klimastadt werden. Das Label ist unser Ansporn, in der Kraftanstrengung nicht nachzulassen, sondern gemeinsam unseren Weg zur Klimaneutralität konsequent zu gehen.

Nach wie vor herausragend ist die Beteiligung der Wirtschaft auch beim Erfolgsprojekt Ökoprotit, das durch das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert wird und mittlerweile auf eine mehr als 20-jährige ökologische wie auch ökonomische Erfolgsgeschichte blicken kann. Seit Beginn des Projektes im Jahr 2001 wurden mehr als 1.500 Einzelmaßnahmen umgesetzt.

Mehr als 30 Millionen Kilowattstunden Energie, mehr als 20.000 Tonnen Kohlendioxid und über 2.000 Tonnen Restmüll sparen 138 im Rahmen des Projektes ausgezeichnete Betriebe pro Jahr gemeinsam ein.

Seit Anfang des Jahres beteiligen wir uns zudem am deutsch-niederländischen Projekt „FutureBEEING“ zur Entwicklung klimaneutraler Wohnquartiere. Im Rahmen des Projektes entwickeln die beteiligten Akteure aus Verwaltung, Wissenschaft, Handwerk und Wirtschaft Standards und Anforderungen, die die Arbeit im Quartier auf dem Weg zur Klimaneutralität unterstützen.

Dazu gehört auch die kommunale Wärmewende, denn grüne Wärme ist eine der zentralen Herausforderungen, um Münster zur Klimastadt zu machen. Daher werden Stadt und Stadtwerke mit finanzieller Unterstützung des Landes in Höhe von über 5 Millionen Euro das Potenzial für Tiefengeothermie in Münster untersuchen.

Dass wir zudem bei allen städtischen Baumaßnahmen der Stadt im Interesse unserer Zukunft immer auch ressourcenschonendes Bauen, die Nachhaltigkeit und den Klimaschutz klar im Fokus haben, versteht sich von selbst.

Meine Damen und Herren,
der Weg zur Klimaneutralität ist kein Sprint, er ist ein Marathon. Ich bin mir sicher, dass wir diesen Weg gemeinsam mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln weitergehen werden. Denn der Klima- und Umweltschutz geht uns alle an und kann nur als Gemeinschaftsaufgabe bewältigt werden. Unser aller Engagement und unsere Entschlossenheit sind der Schlüssel für eine nachhaltige Zukunft.

Mobilität 2.0

Münster ist und bleibt Deutschlands Fahrradhauptstadt und die Leeze das Herzstück der Mobilität in Münster.

Mit dem neuen Fahrradnetz 2.0, das ein lückenloses Radverkehrsnetz mit hierarchischen Velorouten, Hauptrouten und Basisrouten umfasst, stärken wir die Fahrradfreundlichkeit in unserer Stadt und machen zusammen mit vielen weiteren Maßnahmen das Radfahren sicherer, komfortabler und effizienter.

Die – bis auf einen noch nicht möglichen Lückenschluss wegen der in diesem Bereich noch ausstehenden Verbreiterung des Dortmund-Ems-Kanals – mit dem Deutschen Fahrradpreis ausgezeichnete Kanalpromenade ist ein weiteres wegweisendes Highlight für den Rad- und den Fußverkehr in Münster.

112 neue Ladepunkte für Elektrofahrzeuge – eine weitere Ausschreibung ist bereits in Vorbereitung – werden in den kommenden Monaten den Ausbau des Ladenetzes nachhaltig beschleunigen.

Zugleich hat Münster bereits heute 150 Standorte für Carsharing. Zusätzliche Angebote entstehen in den nächsten Jahren an vielen Orten in der Stadt und machen es leicht, auf ein eigenes Auto zu verzichten. Im Bereich der E-Scooter-Leihen hat sich Münsters neues digitales Parkkonzept bewährt, das Behinderungen auf Gehwegen reduziert, indem klare Park- und Verbotszonen ausgezeichnet werden.

Mit unserem zukunftsorientierten Parkraumkonzept gehen wir neue Wege, um die Nutzung des öffentlichen Straßenraums zu optimieren und die Aufenthaltsqualität in der Stadt zu steigern. Der Rat der Stadt hat Maßnahmen für die Innenstadt und angrenzende Wohnquartiere wie das Kreuz- und Hansa-Viertel beschlossen, die unter anderem zusätzliche Carsharing-Stellplätze, die Nutzung von Supermarktparkplätzen für Anwohnende und die bessere Anbindung des Parkhauses am Coesfelder Kreuz an Samstagen umfassen. Mit dem Konzept werden auch Barrierefreiheit und die Bedürfnisse von Rettungsdiensten, Lieferverkehren und mobilitätseingeschränkten Personen berücksichtigt.

Wir bauen es: ein zukunftsträchtiges Stadion für den SC Preußen Münster!

Ohne Zweifel ist Vorsicht geboten, wenn man davon spricht, dass Tage oder Ereignisse von historischer Bedeutung sind und in die Geschichtsbücher eingehen werden. Ebenso ohne Zweifel aber war der 16. September 2024 so ein historischer Tag, ein guter Tag, ein sehr guter Tag für unsere Stadt Münster und für das Münsterland.

Gut 100 Jahre nach der Eröffnung des Stadions an der Hammer Straße wurden an diesem Tag die Ergebnisse des Vergabeverfahrens öffentlich bekannt gegeben und die Bilder und Fakten des neuen Stadions an der Hammer Straße vorgestellt.

Nach Jahren intensiver Vorbereitung und Planung wurde mit dem Abschluss des Vergabeverfahrens der „Point of no return“ erreicht. Der SC Preußen Münster erhält eine rundum erneuerte und moderne Heimat, die für weitere unzählige Fußballspiele und emotionale Momente stehen wird. Eine Heimat, die auch zukünftig fast mitten in der Stadt liegt, die gut zu Fuß, mit dem Fahrrad und dem ÖPNV zu erreichen ist und ein Standort, der die Geschichte des SCP atmet.

Die neue Heimstätte des SCP mit einer Kapazität von mehr als 19.000 Zuschauerinnen und Zuschauern wird eines der modernsten Stadien in Deutschland und zudem und vor allem das inklusivste Stadion in Deutschland, setzt es doch als barrierefreier und inklusiver Bau die Vorgabe von einem Prozent aller Zuschauerplätze in rollstuhlgerechter Ausführung um. Das Stadion wird eine Kindertagesstätte beherbergen und natürlich als Plus-Energie-Stadion gebaut und so eine energiewirtschaftliche Vorbildfunktion im Stadionbau einnehmen, denn die auf den Tribünendächern vorgesehenen Photovoltaikanlagen werden mehr Energie produzieren, als die gesamte Anlage verbrauchen wird. Es wird also ein wahrhaft sehr zukunftsträchtiges Stadion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
mit dem neuen Stadion an der Hammer Straße wird deutlich, was möglich ist, wenn Politik, Verein, Verwaltung und Fans, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen.

Mein ganz besonderer Dank gilt an dieser Stelle Stadtdirektor Thomas Paal und Frau Dr. Christina Cappenberg als Leiterin des Stabs Stadion, die in ein sehr komplexes und auch eher ungewöhnliches Verfahren Ordnung und Klarheit eingebracht haben, die sehr viel Zeit aufgewendet und sehr viele Gespräche geführt haben, die sehr viel juristischen Sachverstand eingebracht haben. Ohne ihren Einsatz wäre dieses Projekt so nicht möglich geworden.

Ich möchte auch der Politik danken, die am Ende mit großer Einmütigkeit dieses Projekt mitgetragen hat.

Mein großer Dank gilt ebenso dem Vorstand und Aufsichtsrat des SC Preußen Münster, die ebenfalls wahnsinnig viel Arbeit in das Projekt investiert haben.

Über all die Jahre, die an diesem Projekt gearbeitet wurde, bei allen Fort- und auch bei den aufgetretenen Rückschlägen, ist eines stets geblieben: ein Rahmen, der für ein Projekt dieser Größenordnung unerlässlich ist – nämlich Vertrauen.

Preußen Münster und die ganze Stadt kann sich auf etwas Großartiges freuen. Dass es in dieser Zeit, wo es ja auch viele finanzielle Herausforderungen gibt, gelingt, gemeinsam mit der Politik, gemeinsam mit dem Verein, gemeinsam mit der Verwaltung, so ein Projekt zu initiieren, ist etwas ganz Besonderes. Ich freue mich jedenfalls schon jetzt auf 2027, wenn dieses Stadion eröffnet werden soll.

Der Musik-Campus – eine einmalige Chance die wir nicht vergeben dürfen!

Von einem historischen Tag war auch bei der Bekanntgabe zum Bau des Preußen-Stadions die Rede, von einem ambitionierten Zeitplan, von einem schwierigen Weg, von einem hochkomplexen Verfahren und nicht zuletzt von einer beispiellosen Kooperation der vielen Akteure.

Ersetzen Sie hier „Preußen-Stadion“ durch „Musik-Campus“!

Mit dem Musik- Campus am bekannten Standort (Einsteinstraße/Hittorfstraße) können wir einen Ort schaffen, der in Komplexität und Wirkung dem Preußen-Stadion nicht nachsteht!

Gemeinsam mit der Universität Münster, dem Sinfonieorchester, der Westfälischen Schule für Musik und den freien Musikakteuren setzen wir uns seit Jahren für die Umsetzung eines Projektes ein.

Dass die Rahmenbedingungen nicht einfacher werden, ist bekannt. Das gilt für die Stadt ebenso wie für die Universität und das Land NRW. Dass sich in einem Projekt dieser Größenordnung Änderungen ergeben ist normal. Jedoch müssen wir uns die Optionen für die Weiterentwicklung aufrechterhalten.

Gemeinsam mit der Universität, mit dem Rektor und vielen Beteiligten in Uni- und Stadtverwaltung haben wir das Projekt vorangetrieben, Spendengelder gesammelt, Bundesmittel eingeworben.

Unsere Kooperation beruht auf Vertrauen, die Grundlage unserer starken „Alliance for Science“. Sie prägt unsere Stadt und ist Motor für ihre zukünftige Entwicklung, stadträumlich, wirtschaftlich und kulturell. Diese Basis darf nicht in Frage gestellt werden.

Inzwischen wird unser Projekt bundesweit – und europaweit – mit großem Interesse wahrgenommen. Wir haben jetzt die einmalige Chance, für die Kultur in Münster eine Zukunft zu schaffen. Das sollten wir uns nicht vergeben.

Schlussworte

Meine Damen und Herren,
wir leben in unfriedlichen Zeiten mit zahlreichen Krisen, die auch an unserer Stadt nicht spurlos vorbeigehen. Ihre gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen beeinflussen unser Zusammenleben und stellen unsere Stadtgesellschaft auf eine harte Probe.

In solchen Zeiten ist es ein besonderer Lichtblick, wenn ich sehe, wie die Menschen unserer Stadt zusammenrücken. Wie sie sich solidarisch zeigen mit ihren Mitmenschen, die Leid, Gewalt und Ungerechtigkeit erfahren. Wie sie aufstehen gegen Rassismus und Antisemitismus oder sich einsetzen für eine nachhaltige, klimagerechte Zukunft.

Unser Zusammenhalt wird auch weiterhin entscheidend sein, um den zahllosen Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam und entschlossen zu begegnen. Dafür ist es unabdingbar, unsere Stadt zukunftsfest aufzustellen. Wir müssen die Zukunft unserer Stadt auch weiterhin nicht nur diskutieren, wir müssen sie gestalten – mit Tradition, mit klaren Werten und mit Respekt, mit gemeinsamen Lösungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mein ausdrücklicher Dank gilt allen, die daran tatkräftig mitwirken.